

## **Pressemitteilung der SPD-Ratsfraktion Korschenbroich**

**13.11.2018**

### **Klausurtagung der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2019**

**"Gesamtverschuldung sinkt weiter!"  
„Weiterentwicklung in sozialer Verantwortung!“**

Die SPD-Ratsfraktion führte die diesjährige Klausurtagung zum Haushalt 2019 in der Gaststätte „Schellen“, Nordstr. 61, Korschenbroich-Kleinenbroich, am Samstag, dem 10. November 2018, 10-16 Uhr, durch. Die abschließende Beratung mit der Verabschiedung der mit unserem Kooperationspartner entwickelten gemeinsamen Anträge erfolgte am gestrigen Abend. Dabei sind sich beide Parteien einig, dass derzeit noch keine Zustimmung zum Haushaltsplan 2019 und zum Haushaltssanierungsplan signalisiert werden kann. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B auf 590 Punkte und die sich abzeichnende nicht unerhebliche zusätzliche Belastung aus der angekündigten Erhöhung der Kreisjugendamtsumlage machen weitere Beratungen zwingend erforderlich.

Neben den SPD-Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern konnte der SPD-Stadtverbandsvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Udo Bartsch, der die Sitzung organisierte, den Stadtkämmerer Thomas Dückers und den Technischen Beigeordneten Georg Onkelbach am Samstag begrüßen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden mehrere Haushaltsanträge entwickelt, um die Leistungsfähigkeit und Attraktivität unserer Stadt weiter zu steigern, die Stadt in sozialer Verantwortung weiterzuentwickeln und die Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft so gering wie möglich zu halten. Mit der freiwilligen Teilnahme am Stärkungspakt haben wir den beschwerlichen Weg der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus auf uns genommen. Seit diesem Haushaltsjahr 2018 muss der Haushaltsausgleich incl. der Stärkungspaktmittel des Landes durch Abbau des strukturellen Defizits sichergestellt werden. Dabei wird die Konsolidierungshilfe in den Jahren 2019 und 2020 kontinuierlich abgesenkt. Ab 2021 gibt es keine Hilfe.

Trotz der angespannten Finanzlage entwickelt sich unsere Stadt weiter. So werden weitere Baugebiete im Rahmen des Baulandmanagements entwickelt und bieten ein neues Zuhause für Neubürger und Einheimische. Der Verkauf der städtischen Grundstücke erfolgt auf der Basis eines transparenten Punkteverfahrens. Familien werden sowohl bei der Punktebewertung wie auch finanziell gefördert. Neben der Schaffung von Einfamilienhäusern wird der Bau von Mehrfamilienhäusern und öffentlich geförderten Wohnungsbau durchgesetzt. Auf unseren Antrag hin werden von der Stadt 12 öffentlich geförderte

Wohnungen in einem Mehrfamilienhaus im Neubaugebiet „Westlich Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ gebaut.

Die Anzahl der Plätze in Kindertageseinrichtungen wird durch Schaffung weiterer Kindergärten und Kindergartengruppen entsprechend der Kindergartenbedarfsplanung erweitert.

Laut Schulentwicklungsplanung sind die Grundschulstandorte durch ausreichende Schülerzahlen gesichert. Bei den Offenen Ganztagschulen der Grundschulen ergibt sich ein entsprechender Handlungsbedarf zur Schaffung weiterer Plätze. (Antrag 9)

Für die weiterführenden Schulen ergibt sich laut Prognose bis zum Schuljahr 2024/25 derzeit kein aktueller Handlungsbedarf. Für das Gymnasium ist durch die Rückkehr zu G9 rechtzeitig, spätestens zum 1.8.2026, eine Erweiterung um 6 Klassen erforderlich. Der Bestand der Hauptschule wird maßgeblich durch das Übergangsverhalten bestimmt.

Dank der Förderprogramme von Bund und Land kann die Digitalisierung und Instandhaltung unserer Schulen in den nächsten Jahren in nicht unerheblichem Umfang weitergeführt werden.

Ebenfalls durch Förderprogramme konnte der Tennenplatz in Kleinenbroich als Kunstrasenplatz umgebaut und das Waldstadion in Korschenbroich saniert werden. Es verfügt jetzt über einen Kunstrasenplatz und eine moderne Leichtathletikanlage. Für die Verbesserung des Sportplatzes in Liedberg sind 60.000 Euro vorgesehen. Hier ist ein Umsetzungskonzept zu erstellen.

Der von uns im vergangenen Jahr gestellte Antrag zur Attraktivitätssteigerung des Hallenbades Korschenbroich zeigt nun mit der Vorstellung der Gestaltungsvorschläge für die Außenanlage erste Konturen. Für diese Maßnahme und 3 Kleinspielfelder in Glehn, Herrenshoff und Kleinenbroich wurden entsprechende Bundesmittel beantragt. Alle vier Projekte verbessern erheblich die Freizeitmöglichkeiten unserer Jugendlichen und Kinder.

Für den von uns geforderten Fuß- und Radweg zwischen Bebauungsende Rhedung und L361 konnten die Planungen beauftragt werden, da 20.000 Euro in diesem Jahr zur Verfügung standen. Für die Realisierung im nächsten Jahr sind weitere 580.000 Euro bereitgestellt.

Der von uns mit dem Haushalt 2017 eingebrachte Antrag zur Prüfung der Rückholung der Eigenbetriebe „Städtischer Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ nähert sich einer Entscheidung nach ausführlicher Beratung in den Ausschüssen und den Fraktionen. Eine erste externe Prüfung der Machbarkeit und des Einsparvolumens hatte die grundsätzliche Machbarkeit und ein Einsparvolumen von ca. 100.000 Euro bestätigt. Da noch Fragen der Organisationsprozesse offen waren, wurden auch diese Fragen in die laufende Organisationsuntersuchung einbezogen. Unser Antrag 13 bezieht sich auf Personalkosteneinsparungen bereits im Haushaltsjahr 2019.

Die Nachfinanzierung für das Feuerwehrgerätehaus Kleinenbroich mit 700.000 Euro runden die zwingend notwendige Verlagerung des Feuerwehrstandortes Kleinenbroich ab.

Für den Ausbau der Unterführung Holzkamp werden 1,8 Mio. Euro bereitgestellt. Sie ist eine wichtige Verbindung zur Unterquerung der den Ortsteil Kleinenbroich trennenden Bahntrasse.

Die sparsame Haushaltsbewirtschaftung muss auch in den folgenden Jahren Priorität haben. Dabei kommt dem Abbau der Investitionskredite und der Liquiditätskredite eine besondere Bedeutung zu. Der Abbau der Gesamtverschuldung sinkt langsam und ist auch in den nächsten Jahren fortzusetzen, denn das Zinsrisiko ist nicht zu unterschätzen.

Nachfolgend die entsprechenden Anträge mit Antragsnummern:

Die Planungen der Verwaltung sehen die komplette Entnahme des Gewinns 2017 aus dem städtischen Abwasserbetrieb vor. Dieser Weg kann mitgegangen werden, da dies keinen Einfluss auf die Gebühren hat. Die Gebühren werden nach KAG ermittelt und der Jahresabschluss nach HGB. Jedoch soll der den bisherigen Konsolidierungsbeitrag übersteigende Betrag von zunächst 417.000 Euro als Gewinnvortrag im Abwasserbetrieb verbleiben. Ebenfalls soll geprüft werden, ob die Stillen Beteiligungen „Strom“ und „Wasser“, die eine erhebliche Rendite bieten und wirtschaftlicher und risikoärmer sind, als der Betrieb eigener Stadtwerke, durch den Abwasserbetrieb bzw. durch andere Maßnahmen der Stadt über den für 2019 vorgesehen Betrag weiter aufgestockt werden kann. Laut Sanierungsplan liegen die Zinserträge, die sich aus den Beteiligungen von 750.000 Euro im Jahre 2020 ergeben, bereits bei 34.488 Euro jährlich. (Antrag 1 und 2)

Die Verwaltung wird beauftragt, mit in Frage kommenden Sportvereinen Gespräche über eine Übertragung von städtischen Sportstätten zu führen und entsprechende Modelle entwickeln. Dies sollte Einsparungen bei der Stadt und Vorteile für den Verein durch größere Gestaltungsspielräume und Einsparungen durch einfachere Beauftragung und Nutzung von Eigenleistungen bringen. (Antrag 3)

Bei der Informationsveranstaltung im vergangenen Monat zum Thema Übergangwohnheim Glehn wurden viele Anregungen gegeben. Hieraus ergibt sich für uns der Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, ob sich das Gebäude alternativ in Massivbauweise und als öffentlich geförderter Wohnraum errichten lässt und welche Förderungsmöglichkeiten und Kosteneinsparungen erzielt werden können. (Antrag 4)

Die erforderlichen Maßnahmen für die Bebauung des freien städtischen Grundstücks Raderbroich (ehemaliger Dorfplatz) sind so zu gestalten, dass ein Verkauf 2019, spätestens jedoch 2020, möglich ist. (Antrag 5)

Zur Stärkung der Gewerbesteuer ist neben der Bestandspflege, die wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftsförderung ist, die Entwicklung von Gewerbeflächen erforderlich. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, für das Gewerbegebiet „Glehner Heide II“ einen Zeitplan und eine Kalkulation der Erschließungs- und weiterer Investitionskosten vorzulegen. Ein weiterer kleiner Baustein wäre die Zuführung des freiliegenden Grundstücks an der Regentenstraße, nördlich der Kreuzung Regentenstraße/Friedrich-Ebert-Straße/L 381 als Gewerbegebiet. Neben dem Verkaufserlös würde eine erhebliche optische Aufwertung dieses unbefestigten Parkplatzes erfolgen. (Antrag 6 und 7)

Die Mittel zur Erstellung eines Raumkonzeptes durch ein Gutachten in Höhe von 10.000 Euro werden wegen der angespannten Finanzsituation der Stadt gestrichen. In der Verwaltung sollte ausreichend Wissen vorhanden sein, um ein derartiges Konzept selbst zu erstellen. (Antrag 8)

Die Beratungen im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in der vergangenen Woche verdeutlichen anschaulich, wie der Bedarf an Ganztagsbetreuung an den Grundschulen sich in den letzten Jahren entwickelt hat und dass weitere Plätze - insbesondere an der Andreas Schule in Korschenbroich und an den Grundschulen in Kleinenbroich - benötigt werden. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen ein ausreichendes Angebot der Ganztagesbetreuung an den Grundschulstandorten der Stadt Korschenbroich erreicht wird. Dabei sind Lösungen aufzuzeigen, die den Haushalt in geringerem Umfang belasten. (Antrag 9)

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah über den Sachstand der Digitalisierung des Vergabemanagements umfassend zu berichten und eine Gesamtbewertung der Prozesse unter Chancen- und Risikogesichtspunkten sowie Kosten- und Nutzenaspekten abzugeben. (Antrag 10)

Durch die sich verändernde Bestattungskultur werden auch die Anforderungen an die Bestattungsformen vielfältiger, insbesondere steigt die Zahl der Urnenbestattungen. Um die Erwartungen zu erfüllen, wird die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Bestattungskonzept zu erarbeiten, das die Bestattungsform Urnenwand auf den Friedhöfen Korschenbroich und Kleinenbroich vorsieht und insbesondere auch bei den Stelen ein ausreichendes Angebot sichergestellt wird. (Antrag 11)

Der Schutz des Klimas ist eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren. Dabei ist wichtig, nicht nur auf andere zu zeigen, sondern auch den eigenen Beitrag zu intensivieren. Dies ist für unsere Stadt kein neues Thema. Bereits im Jahre 2013 wurde von uns ein Antrag bezüglich eines Klimaschutzbeauftragten gestellt. Aber auch das Thema Klimaschutzkonzept ist nicht neu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schaffung der Voraussetzungen zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Korschenbroich zu prüfen. Dabei ist insbesondere die Möglichkeit der Einstellung eines Klimaschutzmanagers im Rahmen einer öffentlichen Förderung sowie die Nutzung weiterer Fördermöglichkeiten zu prüfen. (Antrag 12)

Die Frage der Wiedereingliederung der Eigenbetriebe befindet sich aktuell in der Beratung. Da eine Umsetzung zum 1.1.2020 möglich sein wird, ist von der Verwaltung zu prüfen, ob die entsprechenden Synergien insbesondere im Personalbereich bereits im Haushaltsjahr 2019 erzielt werden können. (Antrag 13)

Die Anträge sind als Anlage dieser Pressemitteilung beigelegt, Sie gliedern sich in Überschrift/Thema, Antragstext, Begründung und Haushaltsrelevanz. Die Behandlung erfolgt in der Sitzung des Hauptausschusses am 15.11.2018, 16:00 Uhr.

Paul Jahny  
Fraktionsvorsitzender  
Telefon für Rückfragen: 02161 6787023 oder 015771734575